

Russlands politische Kultur im Wandel – Unterschiede und zeitversetzte Parallelen zu Deutschlands langem Weg nach Westen

2

*„Der Begriff ›Völkerfreundschaft‹ ist vielleicht propagandistisch
verschlissen. Wir können hier auch offen lassen, ob es, streng
genommen, zwischen Völkern etwas der Freundschaft zwischen
Einzelmenschen Entsprechendes überhaupt geben kann, und
nicht nur teils gemeinsame, teils unterschiedliche Interessen und
möglicherweise verbindende Werte. Ganz sicher lässt sich aber
sagen, dass eine positive, stabile und emotional unterfütterte Be-
ziehung sich nur dann entwickeln kann, wenn sie nicht auf völlig
verzerrten und dabei verfestigten Vorstellungen vom anderen
Volk beruht, sondern auf dem erfolgreichen Bemühen, es in seiner
Komplexität wahrzunehmen. Und auch dem Einzelnen in dem
anderen Land können wir nicht wirklich nahe kommen, wenn wir
sein Volk und dessen Kultur missachten, und sei es
durch Unkenntnis.“*
(Brandt, 2003)

Die folgenden Kapitel dienen dem Zweck, die politische Kultur Russlands in ihrer Komplexität zu rekonstruieren, indem ein weiter Bogen von der älteren zur neuesten Geschichte geschlagen wird. Die knapp gehaltene Vergegenwärtigung der jüngsten Geschichte Deutschlands soll unter anderem zum Vergleich dienen und dafür sensibilisieren, die in Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion stattfindenden Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesse nicht aus der Warte der gegenwärtigen westeuropäischen Lebenswirklichkeit wahrzunehmen, sondern sich ihre Historizität und Prozesshaftigkeit vor dem Hintergrund der langen russischen Geschichte bewusst zu machen.

Auf Grund der schärferen Präsenz der jüngsten Kapitel der russischen Geschichte im allgemeinen Bewusstsein gehen die anschließenden Abschnitte auf diese detaillierter ein. Der historische Rückblick mündet schließlich in einem Überblick über aktuelle gesellschaftliche Werte, die erst in ihrem größeren historischen Kontext verständlich werden. Das Kapitel versucht somit, Gesichtspunkte aus Geschichte

und Soziologie zu verbinden. Umfragedaten werden mit zum Teil historisch kontextualisierenden Wirklichkeitsdeutungen von Vertretern aus Gesellschaft und Politik kombiniert.²⁰

2.1 Historische Schlüsselpunkte der politischen Kultur Russlands

Es ist nicht die Absicht der Studie, die komplette russische Geschichte detailliert wiederzugeben und etwa die Ursprünge und den Verlauf der Westler-Slawophilen-Kontroverse mitsamt ihrer außenpolitischen Auswirkungen oder die Entwicklungen im 20. Jahrhundert lückenlos nachzuzeichnen. Darüber ist bereits viel geschrieben worden (Haumann, 1996; Hösch, 1996; Neumann, 1996; Nolte, 2012a; Torke, 1997). Dennoch scheint es mir wichtig zu sein, jene Knotenpunkte der russischen Geschichte zu benennen, die sowohl in materieller als auch und gerade in ideeller Hinsicht in die Gegenwart besonders stark hineinwirken. Sie werden zu einem identitätsstiftenden Amalgam von Erinnerungen und damit verknüpften Werten verschmolzen, die der russischen Innen- und Außenpolitik zugrunde liegen. Dieses Amalgam versuche ich schematisch in Anlehnung an Bellers (1999) darzustellen.

Christianisierung und Byzantinisierung

Ab dem Jahr 988 n. Chr. findet die Christianisierung Russlands statt (machtpolitischer Hintergrund: Knüpfung engerer Beziehungen zum Byzantinischen Reich), die mit der Entstehung des russischen Staates unlösbar verbunden ist.

20 Almond hatte schon auf die „historische Tiefendimension politisch kultureller Ausprägungen“ hingewiesen, die bei Querschnittserhebungen häufig zu kurz kommt (Berg-Schlosser, 2004: 14). Auch Lucian W. Pye macht auf die Unterscheidung zwischen der *thick* und *thin culture* aufmerksam, um dauerhaftere und nur allmählich wandelbare Aspekte von Kultur von solchen Aspekten unterscheiden zu können, die responsiv gegenüber der Zeit und dem kollektiven Lernprozess einer Gesellschaft sind. Während erstere tief im Sozialisationsprozess verwurzelt seien, seien letztere von geringerer Bindungskraft, wandlungsfähiger und nur zu einem geringen Teil in der fernen Vergangenheit, sondern vor allem in der jüngeren Geschichte verwurzelt. Gehörten zur *thick culture* nationale, religiöse, gemeinschaftliche oder ethnische Identitäten, so umfasste die *thin culture* explizit politische, etwa ideologische oder parteipolitische Identitäten (Pye, 2000: 9f.).

Der Untergang des Byzantinischen Reiches im Jahr 1453 führt zur Staatsidee von Moskau als dem „Dritten Rom“ und zu einer metaphysisch-religiösen Überhöhung Russlands. Das byzantinische Erbe schließt die cäsaropapistische Tradition ein, bei der die Ämter von Kaiser und Papst zusammenfallen. Der Wettbewerb zwischen der weltlichen und der geistlichen Sphäre bleibt aus und befördert nicht, wie in Westeuropa, die Entstehung von Demokratie und Konkurrenz-Kapitalismus. Antimoderne und demokratiefeindliche Einflüsse werden dem orthodoxen Christentum von einer Reihe von Autoren von Max Weber über Arnold Toynbee, Richard Pipes bis zu Samuel P. Huntington zugeschrieben (Papkova, 2011: 6; eine konträre Ansicht vertritt Marsh, 2005). Die Tatsache, dass Russland in der Lehre der orthodoxen Kirche ein vollendetes dogmatisches Gerüst ohne die eigene Erfahrung des Streits über dogmatische Fragen übernahm, trug zur außerordentlich festen Treue gegenüber dem Wortlaut, der Sitte und dem Ritus sowie zur Unfähigkeit, das Übernommene als einen Ausschnitt aus einem langen dynamischen Prozess wahrzunehmen, bei (Nemirovskaja et al., 2013: 123), was sich bis in die Gegenwart im Unvermögen der intellektuellen und politischen Elite ausdrückt, westliche Konzepte eigens anzupassen, das heißt durch Deliberation die den westlichen Institutionen zugrundeliegenden Ideen zu adaptieren und in Einklang mit dem eigenen ideellen Erbe zu bringen.

Mongolische Fremdherrschaft

Die Kiewer Rus steht vom Jahr 1240 bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts unter dem Joch der Goldenen Horde, welches Russland für mehrere Jahrhunderte von der europäischen Entwicklung trennt, wenn auch nicht komplett isoliert. Die Erfahrung langjähriger, extrakontinentaler Fremdherrschaft unterscheidet Russland von den meisten Staaten Westeuropas. Das Mongolenjoch, vor allem dessen Abschütteln mittels gesamtgesellschaftlicher Mobilisierung (Gajdar, 1995: 48), wirkt sich bis in die Gegenwart unter anderem in Form einer autokratischen Tradition mit einem Staatskult (Etatismus), einer entsprechenden Untertanenhaltung und eines subversiven Widerstandsgeistes aus.²¹ Dieser Widerstandsgeist ist nicht individualistisch, sondern kollektiv und hält selbst nach der Befreiung von der Fremdherrschaft, in Form einer fast anarchisch subversiven Abwendung von allem Staatlichen bei gleichzeitigem Rückzug ins Private, an. Einem zwecks effektiver Kollektivabwehr von tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahren zentralistisch und daher autoritär organisierten Staat steht eine Bevölkerung gegenüber, die eine Improvisationsgabe und eine Kultur des Durchschlängelns entwickelt hat. In einer

21 Einen kurzen Überblick über die kontrovers geführte Diskussion der Folgen der Mongolenherrschaft für die russische Kultur und Politik liefert Richard Pipes (2011).

Umgebung, in der seit dem Mongolenjoch Leistung und Innovation in Form umso höherer Abgaben bestraft wurden (vgl. Gajdar, 1995: 55f.), konnte sich keine starke und politisch einflussreiche Kaufmanns- und Bürgerschicht entwickeln, die zum Fundament für spätere demokratische Prozesse hätte werden können. Solche Prozesse fanden dagegen just in diesem Zeitabschnitt in Westeuropa statt. So bildeten sich dort differenzierte Ständeordnungen mit regionalen (auf eine Landesgrenze bezogenen) und horizontalen (auf einen Stand bezogenen) Autonomien (Nolte, 2005: 448). Dieser auch bereits im Zuge des Investiturstreits im 11. und 12. Jahrhundert entstehende „dualistische Geist“ (Hintze) bildet den Nukleus eines elementaren Pluralismus, aus dem der „typisch westliche Geist des Individualismus“ und der Freiheit hervorgehen konnte (Winkler, 2007).

Die geistesgeschichtliche Folge des Abwehrkampfes gegen Fremdherrschaft einerseits und der orthodoxen Religion andererseits ist das Fehlen der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts (abgesehen von einer kleinen intellektuellen Elite, wie z. B. Katharina II.) (vgl. Nemirovskaja et al., 2013: 96). Es fand somit keine Relativierung der Religiosität durch Vernunftdenken statt, auf Grund derer sich das Individuum durch Vernunft und nicht mehr nur durch Gott hätte legitimieren können. Die holistische (d. h. organizistische und antiindividualistische) Orientierung zunächst an der bäuerlichen Gemeinschaft und später am verstädterten Sowjetvolk blieb dominant. Ein organizistisches Staats- und Gesellschaftsverständnis mit einer Sicht auf oppositionelle Parteien und den jeweiligen Machthabern nicht genehme gesellschaftliche Organisationen als Sekten und Feinde der staatlichen Einheit wurde befördert und ist nach wie vor vorhanden (vgl. Richter, 2008: 197f.). Es stellt nicht nur ein Hindernis für die Demokratisierung, sondern auch für die Marktwirtschaft dar (Zweynert, 2006: 2).

Die Zeit der Mongolenherrschaft hinterließ auch ein antiwestliches Ressentiment: Der Westen habe Russland in Zeiten der Gefahr nicht nur im Stich gelassen, sondern habe sich diese Schwäche zunutze gemacht und sich gegen Russland gewandt (Schweden und Deutsche im Baltikum, lateinisch-römische Kirche). Das seien die Ursprünge für eine lange währende Entfremdung Russlands von der politischen Kultur Westeuropas (Bellers, 1999).

Befreiung von der mongolischen Fremdherrschaft

Gegen Mitte des 15. Jahrhunderts konnte sich Russland vom Joch der Goldenen Horde befreien. Die Befreiung ging mit einer Verinnerlichung des christlichen Glaubens einher, dem die Rolle eines Bollwerks gegen Fremdherrschaft zugeschrieben wurde. Staatliche Institutionen mussten sich ihre verloren gegangene Geltung erst wieder verschaffen. Dabei wurde der Glaube instrumentalisiert und zu einem Symbol nationalen Überlebens hochstilisiert.

Eigenständige, feudale Entwicklungen konnten sich auf Grund der frühen Bindung des höheren und niederen Dienstadels an den Hof und den Herrscher (unter Ivan III.) nicht vollziehen. Die fürstliche Zentralisierung erfolgte unter Zurückdrängung des traditionellen Adels, noch ehe feudale Freiheiten erkämpft werden konnten. Auch darin unterscheidet sich Russland von Westeuropa, in dem es zuerst zu feudalen Freiheiten kam, die später im Zuge der Zentralisierung nicht mehr vollständig eliminiert werden konnten.

In der Periode der Frühen Neuzeit konnte das zentralistische Russland relativ leicht an die von Spanien bis Österreich durchgesetzten absolutistischen Staatsformen anschließen und wurde somit vom 18. Jahrhundert an eine der europäischen Großmächte (Nolte, 2005: 449).

Während sich in Nordwesteuropa und in England handwerklich-industrielle Zentren herausbilden konnten, die sich auf die Produktion verarbeiteter Produkte spezialisierten und damit den Weg zur Industrialisierung ebneten, lag die Spezialisierung von Osteuropa und Russland auf Agrarprodukten, die zur Versorgung des „industriellen Westens“ benötigt wurden. Die Landwirtschaft befand sich in der Hand von adligen Großgrundbesitzern, die ihre politische Vormachtstellung lange Zeit gegen aufkeimendes Bürgertum ausnutzen konnten. Während sich die Bauern im Westen insbesondere seit Beginn des 19. Jahrhunderts zunehmend von feudalen Bindungen befreien konnten, verblieb der Bauernstand in Russland bis 1861 in einer durch größere Härte geprägten Leibeigenschaft, was die Mentalität der Russen nachhaltig beeinflusste (Nemirovskaja et al., 2013: 154).²² Durch die Bauernbefreiung im Westen und durch die im Zuge der Aufklärung einsetzenden Individualisierungsprozesse konnte der Demokratisierung der Boden bereitet werden, der in Russland fehlte. Die zunächst vorteilhafte Fixierung Russlands auf Agrarprodukte als Hauptexportgüter führte wirtschaftsgeschichtlich in eine Sackgasse, weil sie den Weg zur Industrialisierung und in deren Folge zur Modernisierung versperrte. Die Industrialisierung erfolgte erst unter der kommu-

22 Andrej Zubov schreibt dazu: „Durch Leibeigenschaft demoralisierte und durch alle Kräfte übersteigende Pflichten zerdrückte Bauern stumpften ab, verloren das Interesse am Leben, übertrugen die Eigenfürsorge auf infantile Weise auf ihren Gutsherren, der sie ihrer Arbeitskraft wegen durchfütterte. Im Laufe mehrerer Generationen etablierten sich feste, am Überleben bei voller Rechtslosigkeit orientierte Verhaltensformen, die der Psychologie in einem Arbeitslager ähnelten. Die Sehnsucht nach Freiheit blieb erhalten, aber die Fähigkeit frei zu sein, ging verloren. Darin ist eine Erklärung für den Gehorsam des sowjetischen und des postsowjetischen Menschen zu sehen. Bolschewiken stellten mittels härtester Gräueltaten die langsam ins Unterbewusste gewanderte, aber nicht völlig verschwundene Psychologie wieder her, die dem einfachen russischen Menschen durch Leibeigenschaft aufgezwungen wurde.“ (In: Nemirovskaja et al., 2013: 154)

nistischen Diktatur und zielte dann auch in die falsche Richtung, da sie einseitig schwerindustriell angelegt war.

Das 20. Jahrhundert für Russland: Zusammenbruch des Imperiums, Dekolonisation, Wiederherstellung der Macht und der Identität in einem globalen Kontext

Nach Hedetoft und Blum ist das 20. Jahrhundert für Russland ein Jahrhundert der gescheiterten Imperien. Zuerst scheiterten die Romanows während des Ersten Weltkriegs auf Grund der Kriegslage und der internen Revolution. Die Bolschewiken versuchten auf der Grundlage dieses Imperiums einen sowjetisch-sozialistischen Staat zu errichten, gerieten nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch in eine ideologisch motivierte geopolitische Konfrontation. Die USA waren dabei sowohl Hauptkonkurrent und Gegner als auch der wichtigste Vergleichsstandard für die UdSSR. Die Sowjetunion entwickelte sich zu einem politisch-militärischen Riesen, aber zu einem wirtschaftlichen Zwerg.²³ Im Kontext der Globalisierungsprozesse der Gegenwart ist die Phase des Kalten Krieges insofern relevant, als Russland nach dem Abschütteln der sowjetischen Ideologie nicht – wie viele andere Staaten – plötzlich in einer globalisierten, von äußeren Kräften bestimmten und die Staatlichkeit sowie die wirtschaftliche Autonomie gefährdenden Welt aufwachte. Es sah sich auch nicht in der Rolle eines Besiegten des Kalten Krieges, in der Verpflichtung, durch Reue, Buße und Souveränitätsverzicht in die Staatengemeinschaft wieder aufgenommen zu werden. Die Sowjetunion war schon immer ein aktiver und traditionell imperialistischer Akteur und zugleich ein politisch-militärisches Objekt der Weltpolitik im Prozess der Erzeugung globaler Institutionen und nichtinstitutioneller Formen der westlichen Dominanz (Blum, 2008: 19f.). Nichtsdestotrotz ist die russische Gesellschaft ideell und materiell unvorbereitet in die globalisierte Welt entlassen worden.

Das ideologische Vakuum, das die Auflösung der Sowjetunion hinterließ, wurde sogleich vom Westen für sich beansprucht, was sehr schnell auf den Widerstand eines nunmehr entideologisierten Russlands stieß, welches in tieferen Bewusstseinsschichten nach wie vor den Widerstandsgeist gegen Fremdherrschaft und den Phantomschmerz eines untergegangenen Imperiums mit sich führt.

23 Auch daran wird deutlich, dass Russland partiell durch die Konzentration der Mittel zum Westen aufschließen konnte, jedoch insgesamt immer hinter dem Westen zurück blieb (Nolte, 2005: 449). Diese Mobilisierungsstrategie wird als Großeinsatz-Modus (*režim avrala*) bezeichnet, in dem alle Kräfte ohne Rücksicht auf Verluste auf ein bestimmtes Ziel hin konzentriert werden.

Die Dekolonisation Russlands, die sich erst seit 1990 vollzog, wurde und wird von zwei gleichzeitig stattfindenden Transformationserfahrungen begleitet. Es handelt sich zum einen um die Anpassung an die Globalisierung westlichen Musters und zum anderen um die immanente räumliche Desintegration mit dem Zwang zur Anpassung an andere Raumstrukturen und neue Strukturen der Souveränität, welche einerseits vom wirtschaftlichen Liberalismus und andererseits vom „neo-empire of American hegemony“ herausgefordert werden. Die beiden gleichzeitig stattfindenden Prozesse treffen in Russland auf eine heterogene, kulturell amorphe politische Einheit, die zwar formal eine Föderation ist, aber *de facto* nach wie vor ein multiethnisches Imperium mit einer potentiell jederzeit möglichen territorialen Instabilität darstellt. Aus diesen Punkten (imperiales Erbe, Dekolonisation, Globalisierungsdruck) folgt unter anderem die Notwendigkeit einer Neubestimmung der russischen Identität, die Russland im Zeitalter der Globalisierung ein ausreichendes Maß an kultureller und politischer Kohäsion gewährleisten kann (Blum, 2008: 20).

Was die Neubestimmung der russischen Identität angeht, darf nicht die wichtige Funktion der Fremdperzeption, vor allem Europas, vergessen werden, aus der Russland seit jeher seine Identität und ergo seine Innen- wie Außenpolitik zum Teil ableitet. Neumann erinnert daran, dass die russische Identität eng mit der Beziehung zu Europa verknüpft ist, und dass der Kurs der politischen Entwicklung Russlands davon abhängt, wie sich Westeuropa im Verhältnis zu Russland definiert (Neumann, 1996: 1f.). In diesem Sinne äußert sich auch Tsygankov:

„Russia’s attempts to embrace Western liberalism, as well as its insistence on great power status, make sense when we consider the significance of Western recognition for affirming Russia’s actions. Western actions serve to reinforce or undermine dominant political forces inside Russia. Extending recognition emboldens Russian liberals insisting on their country’s belongingness with the West. Withholding such recognition strengthens Russia’s traditionally strong supporters of greater independence from the West. It is therefore domestic identity coalitions competing for influence in the context of Western actions that help to make sense of Russia’s foreign policy formation.“ (Tsygankov, 2006: XXIII)²⁴

24 Diese Überlegungen sind beispielsweise im Kontext der deutschen Debatte über die Aufwertung Russlands als *strategischer Partner* von großer Bedeutung. So plädiert Singhofen aus politischen Gründen für die Beibehaltung des Begriffs, obwohl er nach präziser wissenschaftlicher Auslegung auf Russland nicht anwendbar sei. Es gelte jedoch, den Eindruck einer Distanzierung und Herabstufung von Russland zu vermeiden, da das mit höheren politischen Kosten verbunden wäre. Als alternative Begriffe schlägt der Autor „tolerante strategische Partnerschaft“, „kompetitive strategische Partnerschaft“ oder „strategische Kooperation“ vor (Singhofen, 2007: 56).

Natürlich muss man unterscheiden, ob sich die Anerkennung auf das gesamte Russland bezieht oder nur bestimmte Gruppen selektiv anerkannt werden. Letzteres vermag gerade etatistische, konservative und antiwestliche Kräfte zu stärken, die darin den Versuch sehen, Russland zu spalten. Das ist die Hauptbruchlinie zwischen dem „dualistischen Geist“ der westlichen Welt und dem traditionell holistisch-organischen Denken Russlands, welches für eine „geschlossene Gesellschaft“ (Popper) charakteristisch ist. Deren Überwindung setzt westlicherseits eine Anerkennung dessen voraus, was man als gesamtgesellschaftlichen Konsens bezeichnen könnte, was wiederum eine intensive Auseinandersetzung mit dem Wertefundament der russischen Gesellschaft erfordert.

Die Anerkennung durch den Westen benötigen die Russen einerseits als eine Garantie von Sicherheit (siehe das Trauma des Mongolenjochs, das Trauma der danach vor allem vom Westen ausgehenden Gefahren für die Sicherheit, und neuerdings die negative Bewertung des Nato-Einsatzes gegen Jugoslawien 1999, des Irak-Kriegs oder der sogenannten „bunten Revolutionen“). Andererseits brauchen sie sie, um, eingedenk der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“²⁵ im Verhältnis zu westlichen Gesellschaften, eine Achtung vor sich selbst und vor dem eigenen Staat entwickeln zu können, die sich auf Dauer wiederum in solchen fundamentalen Einstellungen wie dem Rechtsbewusstsein niederschlagen könnte (dies nicht nur auf national-staatlicher, sondern auch auf internationaler Ebene, was mittel- und langfristig zu der von Joschka Fischer 1999 geforderten „Transformation von klassischer Macht in Recht“ führen könnte (Fischer, 1999)). Der Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem in vielfacher Hinsicht fortgeschrittenen und überlegenen Westen polarisiert die Gesellschaft (Westler vs. Slawophile) und lässt diesen Antagonismus als einen innerrussischen Kampf um die kulturelle Identität erscheinen, bei dem sich das äußerst voraussetzungsreiche westlich orientierte Entwicklungsmodell bisher nicht nachhaltig durchsetzen konnte. Die politischkulturelle Differenz gegenüber dem Westen sorgt auf russischer Seite dafür, dass, unter dem Mantel der Bewahrung der nationalen Identität, nach festen moralisch-kulturellen Inhalten gesucht wird.

-
- 25 Die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ ist nicht nur eine Zustandsbeschreibung des wechselseitigen Verhältnisses, sondern zugleich die Diagnose einerseits des westlichen Unvermögens, rational die zeit- und raumbedingte Asymmetrie in der kulturellen Entwicklung zu begreifen und möglichst konfrontationslose Strategien zu ihrer Überwindung zu formulieren. Die daraus abgeleitete westliche Außenpolitik treibt Russland beizeiten in die Flucht ins Metaphysische, in die Arme des orthodoxen Glaubens, was sich in der Vergangenheit etwa in Tjutčevs Aussage niederschlägt, dass man Russland mit dem bloßen Verstand nicht begreifen könne, sondern an es glauben müsse. Andererseits ist es aber auch die Diagnose des Unvermögens der russischen liberalen Minderheit, die in ihrer Idealisierung des Westens die eigene Bevölkerung aus dem Blick verliert.

Diese Suche und der Oktroy vermeintlich ewiger, genuin russischer Werte ignorieren die Tatsache, dass sich alle Werte im stetigen Wandel befinden. Damit begibt sich Russland im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Westen in eine *konservative Falle*. Eine evolutionäre Dynamik wird verunmöglicht und revolutionäre Tendenzen genährt. Aus der defensiven russischen Haltung gegenüber westlichen Einflüssen heraus etabliert sich somit eine nach innen autoritäre politische Ordnung.

Obwohl ein Bewusstmachen der deutschen Erfahrung mit dem „langen Weg nach Westen“ (Winkler) zum Verständnis des offensichtlich noch längeren russischen Weges nach Westen beitragen kann, darf man auch nicht die Augen vor den historischen und den gegenwartsbezogenen Unterschieden verschließen. Der historische Ballast der postkommunistischen jungen russischen Demokratie wiegt, wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, ungleich schwerer als im demokratisch erfahrenen und wirtschaftlich differenzierten Nachkriegsdeutschland:

„Als die USA nach 1945 zusammen mit Großbritannien und Frankreich dem Westen Deutschlands beim Wiederaufbau einer Demokratie halfen, hatten sie vor allem deshalb Erfolg, weil es freiheitliche, rechtsstaatliche und demokratische Traditionen gab, an die die Deutschen anknüpfen, die sie wiederbeleben konnten.“ (Winkler, 2007)

Darüber hinaus findet Russlands Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft nicht im Kontext der Besetzung statt. Die krisenhaften 1990er Jahre in Russland waren möglicherweise das, was Westdeutschland zumindest in diesem Ausmaß unter anderem auf Grund des schnell einsetzenden nachhaltigen Wirtschaftswachstums im Inneren und der ideologischen Ost-West-Konfrontation als äußerem Rahmen erspart blieb.

Neumann schließt aus der russischen Geschichte, dass es sich zur Aufrechterhaltung der eigenen internationalen Positionen dem europäischen Modell anpassen muss:

„if the Russian state should disregard those developments in Western political and economic models which translate into a consolidation of Western hegemony and superior Western military capabilities, and should instead give priority to another path of development, the price may be further international marginalisation.“ (Neumann, 1996: 204)

Gleichzeitig äußert er die Vermutung, dass der Dominanz der russischen Westler in den 1990er Jahren vor dem Hintergrund der bisherigen russischen Geschichte eine Phase der Abkehr vom politischen Leben Europas folgen würde (Neumann, 1996: 2), eine Vermutung, die sich als richtig erwiesen hat.

2.2 Die westdeutsche Demokratisierung und Liberalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg – Blaupause für das postsowjetische Russland?

Das 20. Jahrhundert brachte den Niedergang der westeuropäischen Großmächte und mit Verspätung auch des (sowjet-)russischen Imperiums. Die beiden Weltkriege schafften eine geopolitische und ideelle Konstellation für den Beginn eines europäischen Einigungsprozesses. Der Ost-West-Antagonismus einte die Staaten des westlichen Bündnisses unter dem „überwölbenden Bauwerk des amerikanischen Imperiums“ zu einer „Wertegemeinschaft“. Unter gegebenen Umständen fand eine „Umerziehung“ der Deutschen statt, die unter anderem eine „Abkehr von traditionellen deutschen Interessen“ (Cycon, 1991: 11ff.) einschloss.

In seinem Buch über die Mythen der Deutschen beginnt Herfried Münkler das Kapitel über die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Feststellung, dass die bedingungslose Kapitulation vom 7. und 9. Mai 1945 nicht nur das Ende des Deutschen Reiches als politisch souveränem Akteur bedeutete, sondern auch das Ende der Mythen, die seiner Legitimation nach außen wie der Integration nach innen dienten. Diese Mythen hatten „ihre Kraft verloren oder waren durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden“ (Münkler, 2009: 413). Seitdem hat (West-)Deutschland „mit Währungsreform und Wirtschaftswunder auf eine im Wesentlichen ökonomische Gründungserzählung gesetzt, während die DDR mit Antifaschismus und antifaschistischem Widerstand eine politische Trennlinie zum NS-Regime zog und zugleich die führende Rolle von KPD beziehungsweise SED in der DDR legitimieren konnte.“ Während die DDR-Führung die Bundesrepublik in eine ungebrochene Tradition mit dem NS-Regime stellte, verwies die Bundesrepublik auf die fehlende demokratische Legitimation des SED-Regimes sowie auf das der Mangelwirtschaft geschuldete ständige Fehlen von nachgefragten Konsumgütern, so Münkler.

Die wirtschaftliche Gesundung Westdeutschlands sei recht früh sichtbar gewesen, „aber seine Menschen und seine Geschichte blieben eben doch vom Chaos gezeichnet – viel mehr als sie sich dies eingestehen wollten.“ (Schwarz, 1990: 153) Ulrich Herbert konstatiert, dass die „Erfahrungen von Diktatur und Krieg die ohnehin in einem erheblichen Teil der deutschen Bevölkerung bestehenden allgemeineren Dispositionen zu antiliberalen und autoritären Denkweisen verbreitert, intensiviert und radikalisiert zu haben“ scheinen, „wobei die Wirksamkeit der Diktatur nicht allein auf der Präsentation und Durchsetzung politisch-ideologischer Postulate beruhte, sondern auch auf der Ausschließung von Gegenkonzepten“:

„Diese Ausgangspositionen für den Start in die neue Republik waren nach dem Kriege nicht nur den Alliierten, sondern auch vielen deutschen Politikern der Nachkriegs-

Gesinnung oder Verantwortung in der Russlandpolitik?
Deutsche Außenpolitik angesichts der politischen
Kultur Russlands

Kalinin, I.

2016, XI, 239 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12855-5